

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Postämter und die Anzeigen- und Verlagsstellen entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis 1/2 Mark. — Nr. 235.

Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlich: Dr. Heinrich Schlegel. Druck: Druckerei des Auer Tageblattes. — Nr. 235.

Telegramme: Expeditio Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aua. — Druck- und Verlagsamt: Auer, Leipzig, Nr. 199.

Nr. 235

Freitag, den 8. Oktober 1926

21. Jahrgang

Grzesinski Severings Nachfolger.

Ministerpräsident Braun hat heute um die Mittagsstunde den Vizepräsidenten von Berlin, Grzesinski, Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion des Landtages, zum Staatsminister und Minister des Innern ernannt. Die Ernennung ist vollzogen worden, während die Fraktionsführung der Sozialdemokraten noch tagte. Die Fraktion hatte sich für Grzesinski ausgesprochen und ging dann zur Besprechung des Vergleichsvorschlages mit den Dolenzpolkern über. Währenddessen vollzog der Ministerpräsident Braun die Ernennung Grzesinski.

Der „Amtliche Preussische Pressebericht“ teilt die Ernennung in einer Sonderausgabe folgendermaßen mit: „Der Innenminister Severing hat den preussischen Ministerpräsidenten gebeten, ihn mit Rücksicht auf seine erkrankte Gesundheit von seinem Amte zu entbinden. Ministerpräsident Braun hat sich den vom Innenminister vorgebrachten Gründen nicht verschließen können und hat an seiner Stelle den Vizepräsidenten von Berlin, Grzesinski, Mitglied des Landtages, zum Staatsminister und Minister des Innern ernannt.“

Auf das Rücktrittsgesuch des Ministers Severing hat Ministerpräsident Braun im Namen des Staatsministeriums folgendes Schreiben an Severing gerichtet: „Mein sehr verehrter Herr Minister! Mit tiefem Bedauern habe ich von Ihrer Mitteilung Kenntnis genommen, daß Ihre schwer erkrankte Gesundheit Sie zwingt, Ihr Amt niederzulegen, das Sie sechs Jahre hindurch mit vorbildlicher Gewissenhaftigkeit unter Einsetzung Ihres ganzen reichen Wissens und Könnens erfolgreich durchgeführt haben. Was Sie in dieser bewegten Zeit für die innere Befriedigung Preußens und damit auch des Reichs, für den Auf- und Ausbau der neuzeitlichen Verwaltung und für die Festigung der Staatsautorität mit unermüdlicher Zielklarheit im höchsten ausdauernden Ringen unter Einsetzung Ihrer ganzen Person geleistet haben, gehört der Geschichte an. Namens der Staatsregierung spreche ich Ihnen für diese dem Vaterlande in erster Zeit geleisteten unschätzbaren Dienste herzlichsten Dank aus. Ich wünsche und hoffe, daß einige Zeit der wohlverdienten Ruhe Ihnen Ihre Gesundheit wiedergeben wird, und daß Sie dann sich wieder in alter psychischer und geistiger Frische dem Dienst am Volke widmen können. In alter Hochachtung Ihr Braun.“

Ulbert Grzesinski stammt aus Pommern. In Treptow an der Tollense ist er am 28. Juli 1879 geboren, wurde bald Berliner, besuchte in Eranbau die Schule, lernte in Berlin von 1898 bis 1897 Metallbräuer, ging auf die Wanderschaft, arbeitete bis 1908 in Leipzig, Frankfurt a. M. und Offenbach.

Dort wurde er sechsbund und Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes zu Offenbach, bald danach — November 1907 — zu Kassel. Dort nahm er am kommunalen Leben teil und wurde schließlich Stadtverordnetenvorsteher, außerdem Vorsitzender des Gewerkschaftsvereins Kassel seit 1918 und nach dem Zusammenbruch Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates für den Regierungsbezirk Kassel und nahm an den beiden Zentralräten der Deutschen Republik teil.

Seit Juni 1919 war er Unterstaatssekretär im preussischen Kriegsministerium. Nach machte ihn bald darauf zum Reichskommissar und Leiter des Abwärtungsamtes. 1921 kam er in den Landtag. November 1922 wurde er Oberregierungsrat im preussischen Innenministerium und von dort entsandte ihn im Mai 1925 Severing an die Spitze der Berliner Polizei.

Ein Fackelzug zu Ehren Severings.

Berlin, 6. Oktober. Dem Innenminister Severing wurde heute abend vor dem Gebäude des preussischen Staatsministeriums ein Fackelzug des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold dargebracht. Auf eine Begrüßungsansprache des Fackelzuges Koch erwiderte Severing, der inmitten des gesamten preussischen Staatsministeriums auf den Balkon getreten war, mit einer häufig von härmlichen Beifallsstürmen unterbrochenen Ansprache, in der er für die Ehrung dankte, die nicht seiner Person, sondern der Sache gelte, dem einigen freien, republikanischen Deutschland. Sein Vordereiner habe dem Worte „Scheiden“ die richtige Interpretation gegeben: ein Mensch, und sei er der tapferste Soldat, erschlafe, wenn er nicht abgelöst werde. So möchte auch er nicht scheiden, sondern nur abgelöst sein. Nach einer Ruhepause werde er wieder nach Berlin kommen, und wo man ihn haben wolle, werde er sein. „Man will mich ja einstweilen noch im Parlament haben, im Landtag und im Reichstag, und Sie hätten überzeugt sein, ich werde wiederkommen, und, wie ich glaube, versprechen zu können, auch dort, wie bisher, meinen Mann stehen. Aber selbst, wenn es richtig wäre, daß ich mich ins Privatleben zurückziehen wolle, der Sache würde bei der heutigen Konsolidierung der Deutschen Republik damit kein Schaden erwachsen.“ Severing machte schließlich die Mitteilung, daß er seither als Minister des preussischen Kabinetts auf die formelle Mitgliedschaft beim Reichsbanner verzichtet habe, aber nunmehr morgen Mitglied des Reichsbanners werde. Er schloß mit dem Ruf: „Unser deutsches Vaterland, die Deutsche Republik Heil, Heil, Heil! Auf Wiedersehen, Kameraden!“ Die vieltausendköpfige Menge brachte dem scheidenden Minister am Schluß der Rede eine härmliche Ovation. Severing blieb, immer wieder stürmisch begrüßt, während des Vorbeimarsches des Reichsbanners auf dem Balkon. Der lange Zug löste sich später ordnungsmäßig auf dem Genbarmenmarkt auf.

Nach Severings Rücktritt.

Die Koalitionsfrage in Preußen.

Das Amt Severings ist rasch besetzt worden. Am gleichen Tage, an dem Severings Rücktritt amtlich mitgeteilt und das Schreiben des Ministerpräsidenten Braun veröffentlicht wurde, in dem Severing der Dank für seine sechsjährige große Leistung im Amt des Innenministers ausgesprochen ist, ist der Berliner Vizepräsident Grzesinski nach einer Beratung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion vom Ministerpräsidenten Braun, dem nach der Verfassung das Recht der Ernennung zusteht, zum preussischen Innenminister ernannt worden.

Der frühere Innenminister Severing begibt sich zunächst in seine westfälische Heimat, um sich zu erholen; es steht fest, daß er aus dem politischen Leben nicht ausscheidet und sowohl das Landtags- wie das Reichstagsmandat weiter ausübt. Im Zusammenhang mit seinem Ausscheiden dürften noch einige andere Personalveränderungen vor sich gehen; so scheint der Rücktritt des Staatssekretärs Weiser festzustehen, für den als nächstbestmöglicher Nachfolger der Ministerialdirektor Weggen genannt wird. Als Nachfolger Grzesinski im Vizepräsidentenamt soll der jetzige Vizepräsident von Köln, gleichfalls Sozialdemokrat, in Betracht kommen.

Der Rücktritt Severings steht in keinem Zusammenhange mit dem Plan einer Erweiterung der preussischen Regierungskoalition zur Großen Koalition. Denn die ehrenden Worte, die Stresemann auf dem Kölner Parteitag über Severing gesprochen hat, den er zwar nicht mit Namen nannte, aber deutlich genug bezeichnete, haben bewiesen, daß Severings Person kein Hindernis für den Eintritt der Volkspartei zu bilden vermöchte, wenn auch gewisse Kreise der Volkspartei bisher die Angriffe auf Severing mitmächteten. Ebenso wenig könnte die rasche Ernennung Grzesinski einen Einfluß auf die Koalitionsverhandlungen üben, da es von vornherein feststand, daß das Innenministerium durch einen Sozialdemokraten zu besetzen sei, und da auch die Deutsche Volkspartei dagegen keinen Einspruch erhoben hat. Wenn die Verhandlungen über die Große Koalition am Mittwoch trotzdem weit pessimistischer beurteilt wurden als kurz vorher, so hat dies seinen Grund zunächst einmal in der Schwierigkeit der Verteilung der Ministerämter, von denen die Volkspartei das Finanz- und Kultusministerium beansprucht haben soll. Ferner aber in der deutlichen Unzufriedenheit, die in Zentrumskreisen über die Ergebnisse des Kölner Parteitages der Deutschen Volkspartei geäußert wurde, wofür eine Information der „Germania“ aus parlamentarischen Kreisen ein Beweis war. Es scheint, daß zunächst keinerlei Veränderungen eintreten werden, und daß die Koalitionsfrage erst im November akut wird. Man hört davon, daß der Wunsch besteht, die Frage der Großen Koalition zuerst im Reich zur Diskussion zu stellen und daß man in den Kreisen der jetzigen preussischen Regierungsmehrheit den Wunsch hat, die Große Koalition im Reich und in Preußen hergestellt zu sehen. Der Kölner Parteitag der Deutschen Volkspartei hat der Führung dieser Partei freie Hand gelassen; wenn man auf der einen Seite die Äußerungen Stresemanns als positive Anregung für eine solche Politik betrachtet, so steht dem auf der anderen Seite die Auffassung entgegen, die in Köln ganz allgemein herrschte: daß nämlich die Regierung im Reich, wie sie heute ist, auch „ihre Winterquartiere“ beziehen werde. Man kann also vorläufig nur von einem Wunsch der Deutschen Volkspartei, die Große Koalition in Preußen einzugehen, mit Berechtigung sprechen; ob sich diese Haltung ändern wird, sobald die anderen Parteien die Verhandlungen über Reich und Preußen eröffnen wollen, muß man noch abwarten.

Prinz Leopold von Coburg-Gotha in die Reichswehr eingetreten.

Weimar, 8. Oktober. Wie verlautet, ist am 1. Oktober der Erbprinz Johann Leopold von Sachsen-Coburg-Gotha als Offiziersanwärter in das Reichswehr-Infanterie-Regiment 14, und zwar in das in Weiningen stehende erste Bataillon eingetreten, nachdem er die Ritterakademie in Brandenburg mit dem Reifezeugnis verlassen hat. Prinz Johann Leopold wird die normale Laufbahn der Offiziersanwärter durchmachen und hat sich zu der gesetzlich vorgeordneten Dienstzeit in der Reichswehr verpflichtet.

Der Potemkinflim bleibt in Bayern verboten.

München, 8. Oktober. Dem Landesdienst des Sächsischen Korrespondenzbüros wird auf Anfrage an zuständiger Stelle bestätigt, daß der Potemkinflim in Bayern nach wie vor verboten bleibt.

Ein britischer Gewerkschaftsvertreter kündigt neuen Streik an.

Detroit, 7. Oktober. Auf dem Jahreskonvent des amerikanischen Arbeiterverbandes dankte der Vertreter des britischen Gewerkschaftstages Hild für die Unterstützung der britischen Bergleute und verlas eine Erklärung, in der vorausgesetzt wird, daß Generalstreiks von noch stärkerem und furchtbarerem Charakter als der jüngst erlebte, in Zukunft unvermeidlich sein werden. Es sei nicht das Verbot der englischen Regierung, daß es zu keinem Streikvergleichen in den Straßen von London gekommen sei.

Seekt hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht.

Die Folgen von Mänzingen.

Generaloberst von Seekt hat nach einer Auseinandersetzung mit dem Reichswehrminister Dr. Gessler sein Rücktrittsgesuch eingereicht, und Dr. Gessler hat daraufhin dem Reichspräsidenten als dem obersten Befehlshaber der Reichswehr die entsprechende Aufforderung unterbreitet. Das Rücktrittsgesuch steht im Zusammenhang mit der nun tatsächlich nachgewiesenen vorübergehenden Dienstleistung des Ältesten Sohnes des Kronprinzen in der Reichswehr. General von Seekt hat den Vorgang gekannt, während der Reichswehrminister erst jetzt, aus den Zeitungen, sich darüber informieren mußte. Dr. Gessler hat nunmehr dem General von Seekt erklären müssen, daß er nicht in der Lage sei, das Verhalten von Seekt in dieser Angelegenheit vor dem Parlament und der Öffentlichkeit zu decken. Die Folge war das Rücktrittsgesuch. Die Affäre von Mänzingen hat also raschere und bedeutendere Folgen gehabt, als ursprünglich anzunehmen war.

Man hatte geglaubt, daß es sich bei der Dienstleistung des Kronprinzensohnes, die außerhalb der gesetzlichen Vorschriften über die Reichswehr stattfand, um eine Eigenmächtigkeit des Regimentskommandanten des Potsdamer Reichswehrregiments gehandelt habe. Nun erfährt man, daß auch der Chef der Reichswehr unterrichtet war. Es ist klar, daß Reichswehrminister Dr. Gessler, der noch dazu in Unkenntnis gelassen worden war, die verfassungsmäßige Verantwortung nicht übernehmen kann. Das Rücktrittsgesuch von Seekt bedarf noch der Annahme durch den Reichspräsidenten; wie die Dinge heute liegen, könnte nur die Wahl bestehen zwischen dem Chef der Reichswehr und dem Reichswehrminister.

Es ist jedenfalls erfreulich, daß Dr. Gessler so rasch und energisch die Konsequenz aus dem Fall Mänzingen gezogen hat. Es ist ferner charakteristisch für die Stellungnahme des politischen Reichstages, daß der Rücktritt von Seekt bei weitem nicht den alarmierenden Eindruck in der Öffentlichkeit macht, den er noch vor Jahresfrist hätte hervorrufen können.

tritt von Seekt bei weitem nicht den alarmierenden Eindruck in der Öffentlichkeit macht, den er noch vor Jahresfrist hätte hervorrufen können.

Der Reichspräsident von Hindenburg hat die endgültige Entscheidung über das Entlassungsgesuch des Generaloberst von Seekt bis heute vertagt. Als Nachfolger des Generaloberst von Seekt werden, unter anderem, General Haffe, früherer Kommandeur des Befreiungskorps III (Berlin), jetzt im Reichswehrministerium, und General Reinhardt in Kassel genannt.

Pressestimmen.

Fast alle Blätter sehen den Generalobersten von Seekt mit größtem Bedauern von seinem Amte scheiden und heben das große Verdienst hervor, das er sich um den Aufbau der neuen deutschen Wehrmacht erworben hat. Wenn Generaloberst von Seekt, so schreibt die „Kreuzzeitung“, jetzt gewährt werden soll, so würde dies einen Sieg der Demokraten und Sozialdemokraten darstellen. In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ heißt es: Man begreift die Haltung des Reichswehrministers und bedauert doch allgemein, daß er sich von dem langjährigen Mitarbeiter trennen muß, dessen Verdiensten erst eine spätere Wertung voll gerecht werden kann. Die „Germania“ schreibt: Seekt hat der Republik treu gedient. Er hat einen Fehler begangen und trägt als aufrechter, gerader Soldat entschlossen die Folgen. Das „Berliner Tageblatt“ sagt: Es ist kaum daran zu zweifeln, daß der Reichspräsident das Entlassungsgesuch annehmen wird. Mit äußerster Entschiedenheit muß man die volle Wahrheit, die unantastbare Sicherstellung der ministeriellen Autorität in der Reichswehr verlangen. Der „Vorwärts“ erklärt: Mit der Annahme des Rücktrittsgesuches des Generals von Seekt wird der Beweis dafür geliefert sein, daß man auch in der Reichswehr Ordnung schaffen kann, wenn man nur will. Jeder Reichswehrminister, der diesen Willen besitzt, wird dabei die überragende Wahrheit des Reichstages und des ganzen Volkes auf seiner Seite haben.